

Grünliberale Partei Schweiz
Postfach 367, 3000 Bern 7

Bundesamt für Gesundheit (BAG)
Direktionsbereich Gesundheitspolitik
Sekretariat / Stellungnahme GesBG
3003 Bern

Via E-Mail: dm@bag.admin.ch; airelle.buff@bag.admin.ch;
stefanie.haab@sbfi.admin.ch.

25. April 2014

Ihr Kontakt: Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin, Tel. +41 31 311 33 03, sandra.gurtneroesch@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe (GesBG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Grünliberalen nehmen wir Stellung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe und bedanken uns für die Gelegenheit dazu.

Grundsätzlich befürworten wir die vorliegenden Bestimmungen im Vorentwurf. Die einheitliche Anforderung an Ausbildung und Berufsausübung der Gesundheitsberufe auf Bundesebene ist wichtig und notwendig. Eine identische Ausbildung kann besser überprüft werden und stärkt die Patientensicherheit.

Bemerkungen zu den einzelnen Kapiteln:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen (Zweck und Gegenstand)

Masterstufe

Es fehlt die Reglementierung der Masterstufe. Das GesBG soll die Masterstudiengänge aller Gesundheitsberufe als Voraussetzung für die Advanced Practice-Tätigkeit regeln. Dabei ist zu beachten, dass die Masterstufe APN nicht als zusätzlicher Gesundheitsberuf gemäss Art. 2 des Vorentwurfes verstanden wird. Es ist eine Normierung der erweiterten Berufstätigkeit mit den entsprechenden Kompetenzen auf Verordnungsebene anzustreben.

Abschliessende Aufzählung der Gesundheitsberufe

Eine abschliessende Aufzählung der Gesundheitsberufe unter Art. 2 des Vorentwurfes beurteilen wir als nicht zielführend. Wichtig sind Möglichkeiten zum flexiblen Handeln in einem dynamischen Umfeld. Insofern schlagen wir vor, dass der Bundesrat via Verordnungsrecht weitere Gesundheitsberufe dem Gesetz unterstellen kann.

Aktives nationales Berufsregister

Ein zentrales Instrument des Patientenschutzes ist aus unserer Sicht das Etablieren eines aktiven Berufsregisters. Ein nationales Register sorgt für die nötige Transparenz beim Nachweis der Weiterbildungen, Kompetenzen und praktischen Erfahrungen. Zudem stellt das Register ein wichtiges Instrument der Bedarfsplanung und Qualitätssicherung dar. Mit Hilfe des Registers lässt sich auch die Erfüllung der Berufspflichten besser überprüfen.

Berufsbezeichnungsschutz

Ein Berufsbezeichnungsschutz ist unbedingt vorzusehen. Dieses soll helfen, Irreführungen durch unklare Berufsbezeichnungen zu vermeiden und die Patientensicherheit stärken.

Gesundheitsberufe-Kommission

Wir befürworten die Schaffung einer nationalen Gesundheitsberufe-Kommission. Diese soll vom Bundesrat eingesetzt werden und zwar mit Vertretern aus den für die Gesundheitsberufe zentralen Gremien. Die Kommission soll insbesondere für aktuelle Vorgaben, Konkretisierungen und Überprüfungen der Berufspflichten sorgen.

5. Kapitel: Privatwirtschaftliche Berufsausübung (Bewilligungen)

Bewilligungspflicht

Dass sich die Bewilligungspflicht gemäss Entwurf auf die privatwirtschaftliche Berufsausübung beschränken soll, können wir nicht unterstützen. Die Anforderungen an die Patientensicherheit sind unabhängig von der Rechtsform der jeweiligen Trägerschaft der Leistungserbringer. Um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, ist es nötig, alle Fachpersonen in eigener fachlicher Verantwortung der Bewilligungspflicht zu unterstellen.

Kantonale Aufsichtsbehörde

Gemäss Vorentwurf soll die kantonale Aufsichtsbehörde zur Einhaltung der Berufspflichten die nötigen Massnahmen treffen.

Wir beantragen, dass im Gesundheitsberufe-Gesetz oder via Verordnungsrecht die dazu notwendigen Massnahmen festgelegt werden. Sehr wichtig ist, dass bei der Einhaltung der Berufspflichten Schweiz weit die gleichen Anforderungen bestehen. Das gewährleistet die Transparenz für alle Beteiligten und die Gleichbehandlung der Gesundheitsfachpersonen.

Disziplinar massnahmen

Wir begrüssen die Bestimmung zu den Disziplinar massnahmen. Zentraler Bestandteil zum Schutze der Patienten ist dabei die Wirkung des Berufsausübungsverbotes, das auf dem gesamten Gebiet der Schweiz gelten soll. Das von uns geforderte nationale Register kann dabei als zentrales Instrument zur Umsetzung eines solchen Verbotes dienen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen folgende Personen zur Verfügung:

- Martin Bäumle, Präsident, 079 358 14 85
- Margrit Kessler, Nationalrätin, 079 343 85 02
- Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin, 078 766 04 60

Mit freundlichen Grüssen

Grünliberale Partei Schweiz

Martin Bäumle, Präsident

Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin



Fragen zum 5. Kapitel des erläuternden Berichts "Klärung der Regelung der Masterstufe im Gesundheitsberufegesetz"

Wir danken Ihnen für die Beantwortung nachstehender Fragen zur Klärung der Regelung der Masterstufe im Gesundheitsberufegesetz.

Organisation: Grünliberale Partei Schweiz

Datum: April 2014

N°	Frage	ja	nein		Bemerkungen
1	Erkennen Sie bei der Pflegeexpertin und dem Pflegeexperten APN ein Berufsprofil, das sich klar von den bewilligungspflichtigen Tätigkeiten einer Pflegefachperson HF/FH (Bachelor) abgrenzt?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		AP ist eine Berufstätigkeit mit deutlich erweiterten Qualifikationen und Kompetenzen
2a	Werden diese beruflichen Einsatzfelder heute schon von Fachpersonen mit dem Berufsprofil Pflegeexpertin/Pflegeexperte APN wahrgenommen?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Obwohl die gesetzlichen Grundlagen für eine AP-Tätigkeit und deren Finanzierung noch ungenügend sind, werden diese Kompetenzen bereits in der Praxis angewendet.
2b	Welche Ausbildung haben Personen, die in diesen Einsatzfeldern tätig sind?				Master of Science mit vertiefender Berufspraxis.
3a	Wirkt sich die heutige Nichtreglementierung der Berufsausübung einer Pflegeexpertin und eines Pflegeexperten APN einschränkend aus?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Mangels Transparenz der Kompetenzen fehlt eine adäquate Finanzierung.
3b	Welche Aspekte der Berufsausübung, namentlich bei der privatwirtschaftlichen Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung sind von der Einschränkung betroffen?				Insbesondere bei chronisch-kranken Menschen, die eine hochspezialisierte Pflege benötigen, wären pflegerische Interventionen in eigenverantwortlicher Fallführung wichtig.
4a	Wird das Potenzial von Pflegeexpertinnen und -experten APN in der Schweiz vollumfänglich genutzt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	NEIN	Leider wird das Potential für die in Zukunft wichtigen Kompetenzen den Bereichen der Fallführung, Beratung und Stärkung der Gesundheitskompetenzen von Patienten mangels Kompetenzenregelung und wegen fehlender Verrechnungsmöglichkeiten nicht genutzt.



4b	Fehlen gesetzliche Regelungen, welche eine weitergehende Nutzung der auf Masterstufe erworbenen Kompetenzen in der Berufsausübung ermöglichen?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Verantwortung und Kompetenzen müssen geregelt und überprüfbar sein. Um die Qualität sicherzustellen. Die AP-Tätigkeit muss auch im KVG geregelt werden.
5	Erachten Sie es aus Gründen des Gesundheits- und Patientenschutzes für erforderlich, die privatwirtschaftliche Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung einer Pflegeexpertin und eines Pflegeexperten APN von einer Bewilligung abhängig zu machen?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Aus Sicht der Patientensicherheit ist eine Bewilligungspflicht unumgänglich, damit ist eine Qualitätssicherung gewährleistet.
6	Erachten Sie eine Reglementierung der Berufsausübung einer Pflegeexpertin und eines Pflegeexperten APN im Lichte der Wirtschaftsfreiheit für notwendig und verhältnismässig?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Ein Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit lässt sich zum Schutze der Patientensicherheit und Versorgungsqualität rechtfertigen.
7	Erachten Sie eine Reglementierung der Masterstufe und damit einen Eingriff in die Hochschulautonomie für notwendig und verhältnismässig?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Ein Eingriff in die Hochschulautonomie ist aus der Sicht der Patientensicherheit und Versorgungsqualität verhältnismässig.
8	Bestehen andere Regelungsmöglichkeiten für die Masterstufe?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	NEIN	



Fragen zum 6. Kapitel des erläuternden Berichts " Klärung des Regelungsbedarfs eines aktiven Registers "

Wir danken Ihnen für die Beantwortung nachstehender Fragen zur Klärung des Regelungsbedarfs betreffend ein aktives Register im Gesundheitsberufegesetz.

Organisation: Grünliberale Partei Schweiz

Datum: April 2014

N°	Frage	ja	nein		Bemerkungen
1	Braucht es ein Register für die vom Gesetz geregelten Gesundheitsberufe?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Ein aktives Register ist eine notwendige Grundlage für wichtige Prozesse. Wie z. B. Anforderungen an Wissen und Fertigkeiten, Weiterbildungspflichten und Disziplarmassnahmen.
2	Soll der Bund die Schaffung eines Registers an die Kantone delegieren und ihnen einen normativen Rahmen setzen? Soll es also ausschliesslich auf kantonaler Ebene ein Register geben?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	NEIN	Um ein einheitliches Niveau des Gesundheitsschutzes zu erreichen, ist ein nationales Register unumgänglich.
3	Soll mit dem Gesundheitsberufegesetz ein schweizweites Register geschaffen werden? Soll es also ausschliesslich ein Register auf Stufe Bund geben?	JA <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		Die gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingen sind auf jeden Fall auf Stufe Bund zu schaffen.